RECHT aktuell

Dr. Margit Bastgen - Rechtsanwältinnen

Private Ausgabe

Talweg 7 - 54516 Wittlich
Tel: 06571 - 91 24-0
eMail: kanzlei@bastgen.com

DR. BASTGEN
RECHTSANWÄLTINNEN

Ausgabe 06/ 2008

RECHT aktuell

Arbeitsrecht

Anderweitige Erwerbstätigkeit während Arbeitsunfähigkeit

Eine außerordentliche Kündigung kann gerechtfertigt sein, wenn ein Arbeitnehmer, während er krankgeschrieben ist, einer anderweitigen Arbeit nachgeht und er statt der Nebentätigkeit auch seine Arbeitspflichten gegenüber dem Arbeitgeber hätte erfüllen können oder die Nebentätigkeit den Heilungsprozess verzögert. Die anderweitige Tätigkeit kann ein Hinweis darauf sein, dass der Arbeitnehmer die Krankheit nur vorgespiegelt hat. Ebenso kann in solchen Fällen eine pflichtwidrige Verzögerung der Heilung vorliegen. Einen solchen Fall nahm das Bundesarbeitsgericht bei einem Kraftfahrer an, der während einer Zeit der (wiederholten) Arbeitsunfähigkeit ein Café betrieb und dort Gäste bediente, den Geschirrspüler leerte und ähnliche Tätigkeiten verrichtete.

Urteil des BAG vom
03.04.2008 - 2 AZR 965/06

Versetzung: 40 Minuten Arbeitsweg zumutbar

Das Arbeitsgericht Frankfurt am Main hält die Versetzung eines Arbeitnehmers an einen anderen Ort für zumutbar, auch wenn dies zu einem 40-minütigen einfachen Anfahrtsweg zur Arbeit führt. Das Gericht geht im Übrigen von einer Zumutbarkeitsgrenze für eine einfache Fahrt von 90 Minuten aus.

Urteil des ArbG Frankfurt/Main vom
09.11.2007 - 1 Ca 5428/07

Wettbewerbsrecht

EuGH zum Schutz „einfacher" Muster (adidas)

Markeninhaber können anderen die Verwendung bestimmter Zeichen verbieten, wenn eine Verwechslungsgefahr mit der geschützten Marke besteht. Auch einfache Muster wie die *drei* Streifen auf adidas-Produkten können als Marke vor Verwechslungsgefahr geschützt sein. Insoweit können sich Konkurrenten nicht auf ein Freihaltebedürfnis berufen. Vielmehr kommt es allein darauf an, wie der Verbraucher die jeweiligen Waren wahrnimmt. Sofern danach eine Verwechslungsgefahr vorliegt, kann konkurrierenden Unternehmen (hier u.a. C&A und H&M) die Vermarktung von Sport- und Freizeitbekleidung mit *zwei* parallel laufenden Streifen, deren Farbe einen Kontrast zur Grundfarbe der Kleidung bildet, untersagt werden.

Urteil des EuGH
vom 10.04.2008
C-102/07

Bankrecht

Kontoüberweisung trotz bevorstehender Insolvenz

Veranlasst eine Bank, die für ein Unternehmen ein überzogenes Konto führt, nach der Kontopfändung durch einen Gläubiger des Kunden die der Pfändung zugrunde liegende Forderung durch Überweisung an den Pfändungsgläubiger zu begleichen, und erteilt der Kunde hierauf einen entsprechenden Überweisungsauftrag, kommt in Höhe des überwiesenen Betrages auch ohne weitere Abrede ein Darlehensvertrag zustande. Gerät das Unternehmen in Insolvenz, fällt der Darlehensanspruch in die Insolvenzmasse. Der Insolvenzverwalter kann die Überweisung anfechten, mit der Folge, dass der Pfändungsgläubiger den durch die Überweisung erhaltenden Betrag herausgeben muss.

Urteil des BGH vom
28.02.2008 - IX ZR 213/06

Miet- u. Immobilienrecht

Übertragung eines Gewerbemietvertrages auf Nachmieter

Gibt der Mieter von Gewerberäumen seinen Betrieb auf und will er deshalb das Mietverhältnis im Ganzen auf einen Nachmieter übertragen, kann dies entweder durch einen dreiseitigen Vertrag unter Einbeziehung des Vermieters oder durch einen zweiseitigen Vertrag zwischen bisherigem und nachfolgendem Mieter geschehen, dem der Vermieter dann seine Zustimmung erteilt.

Die Zustimmung des Vermieters muss in diesem Fall selbst dann nicht schriftlich erfolgen, wenn der übertragene Mietvertrag der Schriftform bedarf. Die Zustimmung muss nach Meinung des Oberlandesgerichts Düsseldorf nicht einmal ausdrücklich geäußert werden. Sie kann auch dann als erteilt gelten, wenn der Vermieter die Änderung über einen längeren Zeitraum unwidersprochen hinnimmt.

Urteil des OLG Düsseldorf vom
08.05.2007 - I-24 U 128/06

Straßenumbenennung

Die Umbenennung einer Straße kann insb. für gewerbliche Anlieger äußerst nachteilige Folgen haben. So müssen beispielsweise Kunden benachrichtigt und Prospekte neu gedruckt werden. Außerdem ist mit fehlgeleiteten Postlieferungen zu rechnen. Bei Entscheidung über die Umbenennung einer Straße sind daher neben dem öffentlichen Interesse auch die Belange der betroffenen Anlieger zu berücksichtigen. Diesen muss somit auch ein eigenes Klagerecht gegen die Entscheidung der Kommune zustehen. Bei der Interessensabwägung ist allerdings auch zu berücksichtigen, ob einem betroffenen Betrieb ein längerer Anpassungszeitraum zur Verfügung stand, während dessen er die Umstellungsarbeiten weitestgehend mit dem vorhandenen Personal bewältigen konnte.

Beschluss d. OVG Nordrhein-Westf.
vom 29.10.2007 - 15 B 1517/07

Dr. Margit Bastgen
Rechtsanwältinnen
Talweg 7 - 54516 Wittlich
Tel: 06571 - 91 24-0
eMail: kanzlei@bastgen.com

DR. BASTGEN
RECHTSANWÄLTINNEN
RECHT aktuell

§§§§§§§§§§§§§§§§§§§§ Wirtschaftsrecht §§§§§§§§§§§§§§§§§§§§

Gewährleistungsrechte trotz Schwarzarbeit

Wer von einem Handwerker Arbeiten ohne Rechnung, also „schwarz", durchführen ließ, konnte im Fall von Mängeln bislang keine Gewährleistungsansprüche geltend machen. Zur Begründung wurde von den Gerichten ausgeführt, die „Ohne-Rechnung-Abrede" diene der Steuerhinterziehung und sei damit wegen Verstoßes gegen ein gesetzliches Verbot nichtig. Der Bundesgerichtshof hat diese Rechtsprechung nunmehr aufgegeben.

Nach den Grundsätzen von Treu und Glauben ist dem Handwerker die Berufung auf die Nichtigkeit des Vertrags versagt. Er verhält sich widersprüchlich, wenn er einerseits auf Erfüllung des Vertrags besteht, sich andererseits wegen der auch seinem eigenen gesetzwidrigen Vorteil dienenden Ohne-Rechnung-Abrede auf die Nichtigkeit des Vertrags beruft und deshalb trotz einer mangelhaften Leistung seine Gewährleistungspflicht verweigert. Liegt danach ein Werkmangel vor, kann der Auftraggeber wie bei einem wirksamen Werkvertrag Nachbesserung verlangen, die vereinbarte Vergütung ganz oder teilweise verweigern und u.U. auch Schadensersatz fordern.

Urteile des BGH vom 24.04.2008
VII ZR 42/07 und 140/07

Redezeit für Aktionäre unzulässig

Eine generelle Festlegung von Zeitgrenzen für die Frage- und Redemöglichkeit der Aktionäre auf einer Hauptversammlung der Aktiengesellschaft ohne Rücksicht auf die Besonderheiten der zu erörternden Fragen ist unsachgerecht und verstößt gegen § 131 AktG. Ein entsprechender Satzungsbeschluss ist unwirksam. Gleichermaßen ist es unzulässig, den Versammlungsleiter mit der weitreichenden und gerichtlich nicht nachprüfbaren Befugnis auszustatten, die Redezeit einzelner Aktionäre einzuschränken.

Urteil des OLG Frankfurt/Main vom
12.02.2008 - 5 U 8/07

Arbeitsrecht

Versteckte Probezeitbefristung

Enthält ein Formulararbeitsvertrag neben einer optisch hervorgehobenen Befristung für die Dauer eines Jahres im nachfolgenden Text ohne drucktechnische Hervorhebung eine weitere Befristung des Arbeitsvertrags zum Ablauf der sechsmonatigen Probezeit, ist die Probezeitbefristung als unzulässige überraschende Klausel zu werten.

Der Arbeitnehmer konnte aus dem äußeren Erscheinungsbild des Vertrags mit der drucktechnischen Hervorhebung der einjährigen Vertragslaufzeit entnehmen, dass dieser für die Dauer eines Jahres abgeschlossen werden sollte. Nach der optischen Vertragsgestaltung brauchte er nicht damit zu rechnen, dass der nachfolgende Text ohne drucktechnische Hervorhebung noch eine weitere Befristung zu einem früheren Beendigungszeitpunkt enthielt. Die Vereinbarung über die (zusätzliche) Probezeit war damit unwirksam.

Urteil des BAG vom
16.04.2008 - 7 AZR 132/07

Vergaberecht

Vergabe öffentlicher Auftrage: EuGH rügt Tariftreue-Regelung

Entgegen der Rechtsauffassung des Bundesverfassungsgerichts (1 BvL 4/00) sieht der Europäische Gerichtshof (EuGH) in der von einigen Bundesländern verwendeten so genannten Tariftreue-Regelung, wonach die Vergabe öffentlicher Aufträge an die Zahlung ortsüblicher Tariflöhne gekoppelt ist, einen Verstoß gegen das Gemeinschaftsrecht. Die entsprechende EG-Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern erlaubt es lediglich, Unternehmen zur Einhaltung von allgemein verbindlichen Tarifverträgen zu verpflichten. Eine darüber hinausgehende Verpflichtung zur Zahlung von am Arbeitsort üblichen Tariflöhnen verstößt gegen die Dienstleistungsfreiheit.

Urteil des EuGH vom
03.04.2008 - C-346/06

Onlinerecht

Unklare Widerrufsbelehrung („unfreie Pakete")

Ein Verbraucher kann einen in der Widerrufsbelehrung eines Onlinehändlers enthaltenen Hinweis, unfreie Pakete würden grundsätzlich nicht angenommen, dahingehend verstehen, dass das Widerrufsrecht bei einer unfreien Rücksendung der Ware nicht wirksam ausgeübt werden kann. Dies ist mit dem Schutzgedanken des § 357 Abs. 2 Satz 2 BGB unvereinbar, wonach Kosten und Risiko der Rücksendung grundsätzlich der Unternehmer zu tragen hat. Eine solche Widerrufsbelehrung entspricht nicht den gesetzlichen Vorgaben und ist somit als wettbewerbswidrig zu unterlassen.

Beschluss des OLG Hamburg
vom 24.01.2008
3 W 7/08

Personalrat darf E-Mail-Verteiler nutzen

Der Personalrat kann einen Anspruch auf Nutzung eines E-Mail-Verteilers der Dienststelle neben dem Anspruch auf Bereitstellung eines „schwarzen Brettes" haben, wenn innerhalb der Behörde die schriftliche Kommunikation sowohl zwischen den Mitarbeitern als auch zwischen der Dienststellenleitung und dem Personalrat in erheblichem Umfang durch Nutzung elektronischer Medien (E-Mail) stattfindet.

Der Dienstherr ist auch nicht zu einer „Vorzensur" der Mitteilungen des Personalrats an die Mitarbeiter durch die Dienststelle berechtigt. Dies würde gegen das Behinderungsverbot des § 107 BPersVG verstoßen.

Beschluss des OVG Hamburg
vom 07.03.2008
8 Bf 233/07.PVL